

Herrn Minister
Franz Untersteller MdL
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Baden-Württemberg
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart

Stuttgart, 23. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Minister,

in seiner aus unserer Sicht durchaus denkwürdigen 941. Sitzung hat der Bundesrat am 29. Januar 2016 mit einer erstaunlich breiten Mehrheit den namentlich von Baden-Württemberg eingebrachten Entschließungsantrag zum Wertstoffgesetz verabschiedet. Wir werten dies als großen Zwischenerfolg auf dem Weg zu einer effizienteren, ökologischeren, verbraucherfreundlicheren und bürgernäheren Organisation der Verpackungs- und Wertstoffentsorgung. Wir sind Ihnen und Ihrem Amtschef, Herrn Ministerialdirektor Meinel, außerordentlich dankbar, dass Sie sich mit großem persönlichen Engagement für das Zustandekommen der Bundesratsresolution stark gemacht und trotz zwischenzeitlicher Rückschläge konsequent Kurs gehalten haben.

Natürlich sind wir sehr daran interessiert, dass das klare Votum des Bundesrats möglichst rasch Konsequenzen zeitigt. Allerdings steht zur befürchten, dass zunächst noch kostbare Zeit verloren geht und sich infolgedessen das schmale Zeitfenster endgültig schließt, das sich für die Verabschiedung eines Wertstoffgesetzes in dieser Legislaturperiode des Bundesrats derzeit noch bietet.

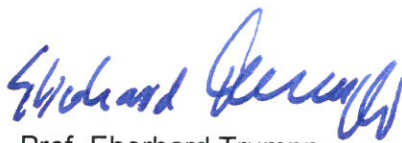
Nun pflichten wir Ihnen zwar gerne darin bei, dass jetzt eigentlich zunächst das Bundesumweltministerium am Zug sein müsste. Dieses nämlich ist an sich gehalten, seinen Entwurf eines Wertstoffgesetzes im Lichte des Ländervotums umzuarbeiten und rasch einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen. Jedoch stimmen die bisherigen Erfahrungen insoweit nicht sonderlich zuversichtlich. Alle Indizien sprechen vielmehr dafür, dass das Bundesumweltministerium seinen Entwurf allenfalls in Richtung des zwischen den Regierungsfractionen auf Bundesebene abgestimmten Eckpunktepapiers weiterentwickeln wird. Von den Maßgaben des Entschließungsantrags des Bundesrats freilich wären wir dann immer noch meilenweit entfernt.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für unerlässlich, dass die Bundesländer – auf Basis des Entschließungsantrags vom Januar dieses Jahres – einen eigenen Gesetzentwurf zum Wertstoffgesetz entwickeln. Dieser wäre dann über den Bundesrat in den Bundestag einzubringen. Dabei könnte auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden, die bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Auftrag der Gemeinschaftsinitiative zur Abschaffung der dualen Systeme vorgelegt worden sind. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, bei der Erarbeitung eines solchen Gesetzentwurfs unterstützend mitzuwirken.

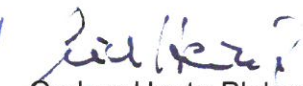
Wir würden uns freuen, sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie sich entschließen könnten, unseren Vorschlag kurzfristig aufzugreifen.

Aus gegebenem Anlass werden wir unser Anliegen auch an die Vorsitzende sowie die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen herantragen.

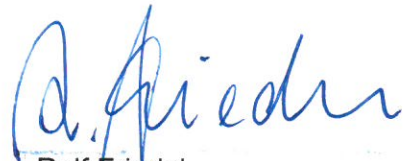
Mit freundlichen Grüßen



Prof. Eberhard Trumpp
Hauptgeschäftsführer



Gudrun Heute-Bluhm
Oberbürgermeisterin a. D.
Geschäftsf. Vorstandsmitglied



Rolf Friedel
Vorsitzender
der Landesgruppe